# Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

118. Jahrgang

**Bezugspreis:** für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatl. M. 3.75, vierteljährl. M. 11.25; für Abholer monatl. M. 3.00; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 3.50, vierteljährl. M. 10.00; durch die Post innerhalb Deutschland Gesamt-Ausgabe monatl. M. 3.00, vierteljährlich M. 9.00; Morgen-Ausgabe M. 2.00, Abend-Ausgabe M. 1.00, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).
Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 15 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf. Sonntags-Ausgabe 20 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

**Anzeigenpreis:** für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile 50 Pf., v. auswärts 65 Pf. Anzeigen u. Geschäftsbriefen im amtl. Teil die Nonpareillezeile 100 Pf., v. auswärts 130 Pf.; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile 40 Pf., auswärts 45 Pf.; Teuerungszuschlag: 40 %; Papierpreiszuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 30 %, über 300 Zeilen: 50 %. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend ausschl. Postgebühr. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7200. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr 313 — Montag, den 7. Juli — 1919


# Ende des Eisenbahnerstreiks in Frankfurt

## Zwei neue Noten an die Entente

**Ratifizierung des Protokolls und der Vereinbarungen über das besetzte Gebiet.**

**Versailles**, 6. Juli. (Drahtbericht.) Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Legationsrat Freiherr v. Lersner übermittelte gestern abend Ministerpräsident Clemenceau folgende Note:

„Die deutsche Regierung nimmt an, daß der Friedensvertrag selbst, nicht dagegen das Protokoll und die Vereinbarung über das besetzte Gebiet zu ratifizieren sind.

Ew. Exzellenz darf ich um Aeußerung bitten, ob die alliierten und assoziierten Regierungen diese Auffassung teilen. Sollten die alliierten und assoziierten Regierungen auch die Ratifikation des Protokolls und der Vereinbarung beabsichtigen, so würde dies auch deutscherseits geschehen. Alsdann müßte wohl für den Friedensvertrag und das Protokoll eine gemeinsame Ratifikationsurkunde und für die Vereinbarung eine zweite Ratifikationsurkunde ausgefertigt werden. Euer Exzellenz würden mich durch eine baldige Antwort zu Dank verpflichten."

*

**Versailles**, 6. Juli. (Drahtbericht.) Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Legationsrat Freiherr v. Lersner hat heute vormittag dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note übermittelt:

„Im Auftrag des Reichsministeriums des Aeußern beehre ich mich Euer Exzellenz anzuzeigen, daß ich zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation ernannt worden bin. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. v. Lersner."

## Gewaltherrschaft der Arbeiter in Florenz

**Bern**, 5. Juli. (Drahtbericht.) „Avanti" meldet aus Florenz: **Die Arbeiterschaft ist Herrin der Stadt. Sämtliche von ihr mit Gewalt beschlagnahmten Lebensmittel werden zu den von der Arbeitskammer festgesetzten Preisen abgegeben. Ein großer Teil wurde der Bevölkerung des Erdbebengebiets überwiesen, weil sich die Hilfsaktion der Regierung für die nach Tausenden zählenden obdachlosen Familien vollkommen unzureichend erwiesen haben. Bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht, bemerkt „Avanti", wurde in die Luft geschossen. Die Kavallerie weigerte sich die Menge anzugreifen. Die vielen neuentstandenen örtlichen Sowjets zur Regelung der Lebensmittelversorgung sind der Schwierigkeiten Herr geworden und haben sich überall durchgesetzt.** —

In Palermo suchte die Regierung der Volksbewegung gegen die Teuerung dadurch zuvor zu kommen, daß sie kurzerhand 21 bekannte Lebensmittelschieber ins Gefängnis werfen ließ.

**Ausbreitung der revolutionären Bewegung auf ganz Mittelitalien.**

**Chiasso**, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die infolge der Teuerung hervorgerufene revolutionäre Bewegung in Mittelitalien dauert, wie das Bureau Europapreß meldet, weiter an und hat sich über zahlreiche Orte, u. a. Pistoja, Perugia, Livorno, Arezzo, Pisa und Turin ausgedehnt. Infolge der Plünderungen ist in einer Reihe von Städten ernster Mangel an Lebensmitteln und anderen Waren eingetreten. Ueber die Lage von Florenz wird berichtet, daß dort mehrere hundert Personen verhaftet wurden, die sich an Plünderungen beteiligten. In der Stadt sind mehrere Truppenverbände zusammengezogen. Die Läden bleiben weiter geschlossen, und die Zeitungen sind nicht erschienen. Infolgedessen kam es zu neuen schweren Ausschreitungen der Bevölkerung. In den Umzügen der Sozialisten und Anarchisten wurden rote und schwarze Fahnen vorangetragen. 5 Personen wurden bei den Zusammenstößen mit dem Militär verletzt, ein Hauptmann und ein Leutnant wurden erstochen. In einigen Stadtteilen wurde Feuer angelegt. Auch für den heutigen Sonntag waren große Kundgebungen der Republikaner und Sozialisten angekündigt. Während die Behörden die Beschlagnahme der Lebensmittel anordneten, requirierten die Arbeiterausschüsse mit Kraftwagen auf eigene Faust auf dem Lande Lebensmittel. Ein Gutsbesitzer, der sich hierbei zur Wehr setzte und vier Arbeiter verwundete, wurde beinahe gelyncht. Der Präfekt von Florenz wurde zur Disposition gestellt.

Zu weiteren Plünderungen von Lebensmitteln kam es in Pisa, ebenso in Alessandra und Brescia. In Brescia wurden bei Zusammenstößen mit der Polizei 20 Personen verletzt. In Bologna herrscht großer Mangel an Lebensmitteln. In Genua erließ der Präfekt auf Veranlassung der Arbeiterkammer eine Verordnung, wonach die Preise für Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände auf die Hälfte herabgesetzt wurden. Auch die Mailänder Gewerkschaften verlangen bis zum Dienstag eine erhebliche Preisherabsetzung, andernfalls drohen sie mit dem Generalstreik. Der Zentralverband der italienischen Hafenarbeiter stellte einen Sympathiestreik mit den streikenden Hafenarbeitern in Triest in Aussicht, falls deren Forderungen nicht erfüllt werden.

Der „Secolo" schreibt zu der revolutionären Bewegung: Nicht das Leben einer Regierung, sondern das Leben einer Nation steht auf dem Spiel. Wenn diese Plünderungen sich verallgemeinern, herrscht in wenigen Tagen überall Elend. Die Unruhen beeinflussen wohl die Preise, führen aber nicht eine neue sozialistische Ordnung herbei.

## Um den Kaiser

E. E. Das Angebot der fünf preußischen Prinzen an den König von England, statt ihres Vaters sich ausliefern zu lassen, weckt mannigfach bewegende Gedanken und Empfindungen. Es beleuchtet die mehr als traurige jammervolle Lage des ehemals — und wahrlich nicht ohne Grund — stolzen Hauses Hohenzollern. Man muß schon lange suchen, ehe man in der Geschichte eine ähnliche Tragödie findet. Die deutsche Revolution hat die Fürstenhäuser geschont, mit vollem Rechte, denn es lag gar kein Anlaß zu einem anderen Verhalten vor. Das Schicksal Karls I. von England und Ludwigs XVI. von Frankreich ist keinem deutschen Herrscher der Neuzeit bereitet worden. Aber der auswärtige Feind verfolgt den gestürzten Deutschen Kaiser. Es gibt nur ein Beispiel von vergleichbarem weltgeschichtlichen Maß: Hannibal. Wenn man in den letzten Monaten unvermeidlich oft die Erniedrigung Deutschlands mit der von Karthago verglichen hat, so soll die Aehnlichkeit, wie es scheint, nun bis ins letzte gehen. Und doch blieben die Römer mit ihrer unvornehmen Verfolgung des vornehmen und großen Gegners, den sie noch im asiatischen Asyl zum Selbstmord hetzten, immerhin eher entschuldbar. Der Feind war gefährlich, so lange er lebte, der eine Mann dem großen Römischen Reiche. Von Wilhelm II aber ist nichts mehr zu fürchten. Man will ihn aus ganz andern Gründen vor Gericht schicken. Frankreich sucht offenbar einen besonderen Triumph, der auch die Gefangennahme seines letzten Kaisers wettmachen soll. England aber will durch ein angeblich objektives Gericht der Welt beweisen, daß mit dem furchtbaren Frieden wirklich Verbrechen geahndet worden seien, und es will die moralische Demütigung Deutschlands besiegeln durch eine öffentliche Verurteilung seines ehemaligen Kaisers.

Das deutsche Volk aber — auch sehr viele von denen, die mit dem Rücktritt des Kaisers und dem Verschwinden der Dynastie einverstanden waren und sind — will jetzt nicht vergessen, daß dieser Mann drei volle Jahrzehnte Deutscher Kaiser gewesen ist, daß sein Nimbus nicht bloß in seinem Bewußtsein, sondern auch in dem der weitaus meisten Deutschen Wirklichkeit gewesen ist und daß daher jetzt die Vergangenheit des deutschen Volkes, nicht allein die Person des Herrschers, geschändet werden soll. Je näher die Auslieferung rückt und je eingehender und schamloser sie von den Gegnern in breiter Oeffentlichkeit erörtert wird — man denke an die Witze des britischen Parlaments über den etwaigen Selbstmord des Kaisers —, desto weniger bleibt das deutsche Volk gleichgültig. Die Feinde sind verblendet: sie zwingen die Deutschen, sich wieder mehr mit der Person des Kaisers zu beschäftigen, ja sie schaffen dem gestürzten Herrscherhause wieder Sympathien in seinem eigenen Lande! Denn wer wird nicht gerührt von dem Anerbieten der fünf Söhne, an die Stelle ihres Vaters zu treten (natürlich nicht, um seine angebliche Schuld zu übernehmen und seiner Verurteilung vorzubeugen, sondern nur, um ihm die persönliche Auslieferung zu ersparen). Eine schöne und echt menschliche Handlung, die in der Geschichte nicht verloren gehen wird, und die das Unglück des ehemals so großen Hauses mit einem verklärenden Schimmer des Mitgefühls und der Würde umgeben wird.

Der König von England aber ist nicht zu beneiden um die Rolle, die er in dieser Angelegenheit spielen muß. Alle Welt weiß ja, daß er nichts zu sagen hat, aber daß man auch nicht die geringste Rücksicht auf ihn nimmt und die Verfolgung seines Vetters bis zur persönlichen Demütigung treibt, ist doch bemerkenswert. Es muß ihm eigentlich bei jeder Meldung, die er über diese Pläne zu lesen bekommt, erbärmlich zumute werden, und man darf gespannt sein, ob und wie er sich zu dem Appell der Prinzen zu äußern wissen wird. Er kann ihn doch nicht stillschweigend seiner Regierung zur aktenmäßigen Erledigung übergeben. Jedenfalls werden heute Millionen in der Welt, nicht bloß in Deutschland, empfinden, daß der englische König in eine peinliche Beleuchtung gerät und daß sein Prestige durch diese ganze Geschichte keineswegs gefördert wird.

Das deutsche Volk ehrt die Männer, die sich vor den Monarchen stellen wollen, seine Söhne, seinen Kanzler, seinen Feldmarschall. Es bleibt ein Ehrentitel des Herrn von Bethmann Hollweg — den wir sachlich nicht von aller Schuld an der Entstehung und an dem Ausgange des Krieges entlasten können, an dessen sittlichen Adel wir aber niemals gezweifelt haben —, daß er als Erster den Takt und Mut besessen hat, seine Verantwortung zu betonen, um den Kaiser zu decken. Hindenburg aber hat der Fülle von Zügen, die in letzter Zeit immer von neuem seine ethische Größe bekundeten, einen weiteren hinzugefügt, indem er dem Kanzler als Zweiter folgte. Es gibt noch furchtlose und vornehm denkende Männer in Deutschland! Das ist eine moralische Aufrichtung für das deutsche Volk, die es ja vor allem braucht, und sie wird ihre Wirkung nicht verfehlen.

*

Wenn die Feinde jetzt der Regierung des Reiches das Ansinnen stellen wollen, die Privatkorrespondenz des ehemaligen Kaisers ihnen zu überantworten, so wird diese Zumutung hoffentlich postwendend abgelehnt und ebenso der beabsichtigte Eingriff in seine Vermögensrechte, der den Privatbesitz des Hauses zur Deckung der französischen Ersatzansprüche heranziehen soll. Das Eigentum der ehemals regierenden Familie dürfte höchstens durch die deutsche Regierung, aber nicht durch eine fremde angetastet werden.

## Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebs in Frankfurt

**Frankfurt**, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Der Eisenbahnerstreik wird heute abend um 10 Uhr infolge des Beschlusses einer heute nachmittag stattgefundenen Versammlung, die Arbeit wieder aufzunehmen, sein Ende erreicht haben. Der Betrieb soll noch während der Nacht in vollem Umfange aufgenommen werden.**

**Frankfurt a. M.**, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertrauensleute des Deutschen Eisenbahnerverbandes erlassen eine Kundgebung, in der es heißt: „In Erwägung, daß der Zentralvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes die bindende Erklärung abgegeben hat, daß rasch eine Urabstimmung der gesamten Mitgliedschaft herbeigeführt werden soll zur Entscheidung über die Einheitsaktion wegen Verwirklichung der bekannten Forderungen, gegebenenfalls auch durch den Streik aller Staatsbahner, in weiterer Erwägung, daß die Frankfurter Eisenbahner diesen Entschluß des Zentralvorstandes als Erfolg ihres Streiks buchen können, sowie in der Erwägung, daß die durch einen Teilstreik herbeigeführte Störung des Wirtschaftslebens nicht zu rechtfertigen ist, wenn die Herbeiführung einer Einheitsaktion nahe ist, beschließen die Vertrauensleute, der Mitgliederversammlung wird der Abbruch des Streiks empfohlen. Die Forderungen werden aufrechterhalten, besonders das Verlangen nach dem Rätesystem als innere Betriebseinrichtung, und die gesamte Kollegenschaft wird aufgefordert, für die Einheitsaktion sich bereit zu halten. Das Schweigen des Ministers, das dem Verhalten des Unternehmertums alten Schlages gleicht, kennzeichnen wir vor der Oeffentlichkeit als volksschädlich. Natürlich sprechen die Streikenden ihren Entschluß aus, daß der Streikabbruch nur ein Waffenstillstand sein wird, falls der Minister nicht ehrlich zu einer Verständigung die Hand bietet. Ein neuer Streik wird den gesamten Staatsbahnbetrieb umfassen." Die Streikenden erklären zum Schluß: Jeden Versuch und jede Maßnahme der Verwaltung, die im Streik stehenden Arbeiter, Hilfsarbeiter und Beamten zu maßregeln, werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurückweisen. Wir warnen auch die öffentliche Gewalt, aus Anlaß von Streikhandlungen irgendwelche Strafmaßnahmen einzuleiten.

**Der Frankfurter Eisenbahnpräsident für eine Maßregelung der Streikenden.**

**Frankfurt**, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wie der hiesige Eisenbahnpräsident mitteilt, hatte die Streikleitung ihn ersucht, daß jede Maßregelung Streikender, insbesondere der Streikposten, unterbleibe. Wegen des unerhörten Terrors, mit dem die Streikenden in diesen Tagen zum großen Teil alten verdienten Beamten entgegengetreten seien, habe er aber eine solche Zusage nicht erteilen können.

## Auch Darmstadt für Beendigung des Streiks

**Darmstadt**, 6. Juli. (Drahtbericht.) **Die hiesigen Eisenbahner beschlossen heute nachmittag, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.**

**Breslau**, 6. Juli. (Drahtbericht.) Die Breslauer Eisenbahner, unter denen in den letzten Tagen für einen Sympathiestreik für Frankfurt lebhaft agitiert wurde, sprachen sich heute in einer Versammlung mit großer Mehrheit gegen eine Erneuerung des Streiks aus. Der fahrplanmäßige Verkehr bleibt daher ohne Störung bestehen.

**Hannover**, 6. Juli. (Drahtbericht.) **Zur Streiklage erfahren wir, daß sich dieselbe gegen gestern nicht wesentlich verändert hat. Die Züge nach und von Berlin werden über Oebisfelde—Braunschweig—Hildesheim geleitet, da die Strecke über Lehrte von den Streikenden gesperrt ist. Die Züge nach Hamburg gehen über Soltau. In einer von der Streikleitung heute vormittag nach der Stadthalle einberufenen, von etwa 6000 Personen besuchten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, nach der morgen abend 7 Uhr Verhandlungen angeknüpft werden sollen zwischen den Streikenden, der Eisenbahndirektion, dem Schlichtungsausschuß, Vertretern des Magistrats von Hannover und Linden und Vertretern des Gewerkschaftskartells.**

## Die Lage des Eisenbahnerstreiks im Reiche

**Berlin**, 6. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks über die Berlin benachbarten Bezirke und weiterhin nach Westen und Osten läßt die allerernstesten Befürchtungen erwachen. Alle diese Teilstreiks sind nur eine Fortsetzung des Berliner Ausstandes, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß sie rein politischer Natur sind. Hatte der erste Streik im Direktionsbezirk Breslau eine schlechte Wagengestellung in Oberschlesien zur Folge, so muß die Ausstandsbewegung im Direktionsbezirk Hannover nachteilige Wirkungen für die Wagengestellung im Ruhrbezirk mit sich bringen und eine Störung der Kohlenversorgung hervorrufen, während der Ausstand im Altonaer Bezirk die Versorgung mit ausländischen Lebensmitteln gefährdet. Auch der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen wird durch diese Streiks gefährdet.

Im einzelnen gibt die folgende Darstellung einen kurzen Ueberblick über die Streiklage im Reiche. Im Bezirk Altona wird in Wittenberge gestreikt. Es werden dort keine Züge, auch keine Lebensmittelzüge durchgelassen. Hierdurch leidet besonders die Milchversorgung Berlins. Die Altonaer Streikleitung hat offiziell beschlossen, von Sonntag früh 6 Uhr ab keine Lebensmittelzüge mehr durchzulassen. Die Beamten haben sich dem Streik nicht angeschlossen. In Stendal wird gestreikt. In Hamburg haben sich die Arbeiter und Beamten gegen den Streik ausgesprochen, jedoch ist nicht sicher, ob die Arbeiter ihren Führern folgen. Im Bezirk Hannover streikt die Arbeiterschaft fast überall. Der Betrieb kann hier nur notdürftig aufrechterhalten werden. In Lehrte und auf dem sehr wichtigen Rangierbahnhof Seelze sind Sabotagehandlungen vorgekommen. Technische Zeitfreiwillige stehen hier zur Verfügung, lehnen jedoch die Mithilfe ab, wenn ihnen nicht militärischer Schutz gewährt wird.

## Kein Nachlassen im Berliner Verkehrsstreik

**Berlin**, 6. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Berliner Verkehrsstreik hat bisher keine Aenderung erfahren. Es scheint aber, als ob eine kleine Zuspitzung der Lage eingetreten ist. In der Sitzung der Arbeiterräte Großberlins wurde sogar ein Antrag angenommen, wonach die Arbeiterschaft verpflichtet werden soll, keine dem Streikbruch dienenden Verkehrsmittel zu benutzen. Die Unternehmer verharren vorläufig auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Auf Veranlassung der Zentralstreikleitung fand gestern eine Versammlung der Bureauangestellten der Verkehrsgesellschaft statt. Den Kernpunkt der Verhandlungen bildete die Wiederaufnahme der Arbeit in den Bureaus der Großen Berliner Straßenbahn, die sowohl von der Zentralstreikleitung als auch von den Obleuten der anderen Verkehrsanstalten aufs schärfste bekämpft wurde. Einige Redner verlangten sogar, daß verstärkte Streikposten aufgestellt werden sollen, um die Bureauangestellten von ihren Arbeitsstätten fernzuhalten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Versammelten sind entschlossen, den gemeinsam angefangenen Kampf geschlossen zu Ende zu führen. Ferner nehmen die Versammelten an, daß die gesamten Bureauangestellten der Straßenbahn zu dem in der vorhergehenden Versammlung gefaßten Beschluß erneut Stellung nehmen.

## Gegen eine Verurteilung in London

**Rotterdam**, 6. Juli. (Drahtbericht.) In den radikalen „Daily News" veröffentlicht Gardiner einen energischen Artikel gegen den Plan, dem früheren Deutschen Kaiser in England den Prozeß zu machen. Er schreibt: Ein so großes in der Weltgeschichte ohne Beispiel dastehendes Ereignis müßte mit einer möglichst ruhigen und gerechten Atmosphäre umgeben sein. Man dürfe sich nicht verleiten lassen, eine Schaustellung daraus zu machen. Es könne niemand behaupten.